



4. September 2023

PRESSEMITTEILUNG

Politikerinnen und Politiker aller demokratischen Parteien unterzeichnen gemeinsame Erklärung zum Internationalen Jugend- und Schüleraustausch

Abgeordnete aus elf deutschen Landesparlamenten – Vertreter:innen von Fraktionen der CDU und CSU, der FDP, der SPD, von Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke – fordern in einer gemeinsamen Erklärung Maßnahmen zur Verankerung von Jugend- und Schüleraustausch im Bildungssystem.

„Jeder junge Mensch soll einmal während der Schulzeit an einem grenzüberschreitenden Austausch teilnehmen können“, unabhängig von sozialen oder finanziellen Voraussetzungen und unabhängig von der besuchten Schulart, heißt es in der Erklärung. Zu diesem Ziel soll sich die Jugend- und Kultuspolitik in allen Bundesländern ausdrücklich bekennen. Landtage, Kultusverwaltung und Jugendhilfe werden aufgefordert, „die internationale Jugendarbeit und Austauschorganisationen in die Lage zu versetzen, internationalen Austausch leichter zugänglich zu machen, über bestehende Formate besser zu informieren und neue, zielgruppengerechte Formate zu entwickeln.“

„Kein Schulabschluss ohne ein Angebot zur Teilnahme an einem internationalen Austausch!“

In der Erklärung werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, um

- mehr Bildungsgerechtigkeit im internationalen Austausch zu fördern,
- dem Schüleraustausch einen festen Platz in der Schule zu geben und
- den internationalen Austausch nachhaltig im deutschen Bildungssystem zu verankern.

„Wir sind der Überzeugung, dass Austausch ein wirksames Mittel gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist. Daher ist es heute eine der zentralen bildungspolitischen Aufgaben, jungen Menschen die Gelegenheit zu geben, sich Kenntnisse und Fähigkeiten für ein verantwortungsvolles Handeln in der Welt anzueignen“, so die Autor:innen der Erklärung.





- Um mehr **Bildungsgerechtigkeit** auch im internationalen Austausch zu erreichen, sollen besonders die bislang austauschfernen Zielgruppen an nichtgymnasialen Schularten adressiert werden.
- Jedes Bundesland soll Austauschprogramme etwa mit Partnerregionen einrichten und an allen Schularten soll eingehend über die Möglichkeiten informiert werden, wie jede und jeder an einem Austausch teilnehmen kann.
- Um jungen Menschen aus einkommensschwachen Elternhäusern die Teilnahme an einem Austausch zu ermöglichen, soll verstärkt über Förderungen und Stipendien informiert werden und eigene Fördermittelprogramme sollen aufgesetzt werden.
- Zur **Verankerung von schulischem Austausch an allen Schulformen** soll internationaler Austausch verstärkt in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung thematisiert werden. Schulen sollen bei der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern unterstützt und multiprofessionelle Teams auch zur Unterstützung internationaler Bildungs Kooperationen eingesetzt werden.
- Bildung ist Ländersache. Dennoch soll auch der internationale Austausch bei der Entwicklung nationaler, bundesweiter Strategien für das Bildungssystem berücksichtigt werden.

Die Erklärung ist im vollständigen Wortlaut abrufbar unter:

www.austausch-macht-schule.org/Herz-Hand-Kopf-Berlin

Die Erklärung erfolgte zum Abschluss des bildungspolitischen Arbeitstreffens „Herz, Hand und Kopf – Internationale Verständigung durch Jugend- und Schüleraustausch“ in Berlin, zu dem das Deutsche Youth For Understanding Komitee e.V. (YFU), Mitglied im Arbeitskreis gemeinnütziger Jugendaustausch (AJA), und die Initiative „Austausch macht Schule“ eingeladen hatten. Das Projekt wird von der Stiftung Mercator gefördert.

Eine Dokumentation der Veranstaltung ist abrufbar unter:

www.austausch-macht-schule.org/arbeitstreffen-herz-hand-kopf

Pressekontakt:

Bernd Böttcher, Initiative „Austausch macht Schule“, Tel. 0941 - 58 557-20,

b.boettcher@austausch-macht-schule.org

Anna Kauert, YFU – Deutsches Youth For Understanding Komitee e.V., Tel. 040 - 22 70 02-26,

anna.kauert@yfu.de

